

BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH
Postfach 100545, 35335 Gießen
www.irh-info.de



„Kundgebung für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Völkerrecht“

Samstag, 18. April 2026, RATHAUSPLATZ GIESSEN

Rede von Ramazan Kuruyüz, Vorsitzender der IRH

Bismil-lahir-rahmanir-rahim

Mit dem Namen Allahs, des Allgnade Erweisenden, des Allgnädigen

As-salamu aleikum wa rahmatullah! Friede und Gnade ALLAHs mögen auf euch sein

1. Eröffnung und Verantwortung

Liebe Schwestern und Brüder,
liebe Freundinnen und Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit,

wir sind heute hier in Gießen zusammengekommen, weil wir eine Verantwortung tragen. Es ist die Verantwortung vor Gott, vor unserem eigenen Gewissen und vor den kommenden Generationen. In einer Zeit, in der Gewalt, Krieg und politische Eskalation den Alltag von Hunderten Millionen Menschen prägen, dürfen wir nicht schweigen. Denn Schweigen angesichts von Unrecht ist nicht Neutralität. Schweigen angesichts von Unrecht ist das Verstummen der Gerechtigkeit.

2. Religion als Stimme des Gewissens

Unsere Religionen – der Islam, das Christentum und das Judentum – verpflichten uns gemeinsam zu einem klaren ethischen Maßstab. Der Qur'an fordert uns auf, standhaft für die Gerechtigkeit einzutreten, selbst dann, wenn es uns schwerfällt oder gegen eigene Interessen geht. Er ruft uns dazu auf, das Gute zu gebieten und das Verwerfliche zu verhindern. Die Bibel ruft uns dazu auf, Friedensstifter zu sein und uns nicht von der Mehrheit zum Unrecht verleiten zu lassen. Diese gemeinsamen Grundlagen sind eindeutig: Wir dürfen nicht wegsehen, wenn Unrecht geschieht, und wir dürfen uns nicht von Macht, Angst oder politischen Interessen davon abhalten lassen, die Wahrheit zu benennen. Gerade als Religionsgemeinschaften dürfen wir nicht zulassen, dass Religion zum Werkzeug der Gewalt wird. Religion darf niemals dazu missbraucht werden, Angriffskriege, Besatzung, Vertreibung oder das Töten von Zivilisten zu rechtfertigen. Religion muss eine Stimme des Gewissens sein. Sie muss den Menschen vor Machtmissbrauch schützen und ihn an die Heiligkeit des Lebens erinnern.

Der Gesandte des Islam, der Prophet Muhammad – Friede sei mit ihm – hat uns gelehrt, dass wir Unrecht nicht hinnehmen dürfen. Wer Unrecht sieht, soll es verändern – mit seiner Hand, mit seiner Stimme oder wenigstens mit seinem Herzen. Diese Lehre ist keine symbolische Moral. Sie ist ein Auftrag. Und genau aus diesem Auftrag heraus stehen wir heute hier. Wir stehen hier nicht, um Stimmungen zu bedienen. Wir stehen hier, um Verantwortung zu bezeugen. Wir stehen hier, weil unser Glaube, unser Gewissen und unser Verständnis von Menschlichkeit uns dazu verpflichten.

3. Der Flächenbrand im Nahen Osten

Wenn wir die gegenwärtige Lage im Nahen und Mittleren Osten betrachten, erkennen wir, dass wir es längst nicht mehr mit einzelnen Konflikten zu tun haben. Vielmehr erleben wir einen zusammenhängenden Flächenbrand, der sich von Gaza über das Westjordanland und den Libanon bis hin zum Iran erstreckt. Dieser Konflikt ist nicht nur regional. Er hat längst politische, wirtschaftliche und humanitäre Folgen für die gesamte Welt.

4. Realität benennen: Angriff und Verantwortung

Dabei müssen wir die Realität klar benennen. Die militärischen Angriffe auf den Iran gingen von den USA und von Israel aus. Der Iran ist in diesem Zusammenhang der angegriffene Staat. Wer diese Realität ausblendet oder relativiert, verwischt die grundlegende Unterscheidung zwischen Angreifer und Angegriffenem. Und genau dort beginnt die Erosion des Rechts.

5. Gefahr durch Machtpolitik und Rhetorik

Besonders besorgniserregend ist die Sprache der politischen Führung der USA, insbesondere von US-Präsident Donald Trump. Wenn öffentlich davon gesprochen wird, eine ganze Zivilisation zu zerstören, dann ist das keine verantwortungsvolle Politik eines zivilisierten Rechtsstaates mehr, sondern eine Drohung eines Schurkenstaates gegen die Grundlagen der internationalen Ordnung und gegen den Weltfrieden.

Hier zeigt sich die Rückkehr einer gefährlichen Logik: Macht wird über Recht gestellt, und das Recht wird den Interessen der Mächtigen untergeordnet. Wo das geschieht, kehren wir zurück zum Prinzip des Rechts des Stärkeren. Und das Recht des Stärkeren ist das größte Unrecht!

6. Trumps Selbstinszenierung und Realität

Donald Trump hat sich nach der Verkündung einer Feuerpause zwischen Israel und dem Libanon selbst als „Friedensstifter“ bezeichnet. Diese Darstellung steht jedoch in deutlichem Widerspruch zur Realität.

Denn wir erleben seit Monaten eine Politik, die nicht zur Deeskalation beiträgt, sondern zur Eskalation. Wer Angriffskriege führt, Konflikte verschärft und ganze Regionen destabilisiert, kann sich nicht glaubwürdig als Friedensstifter darstellen.

Besonders widersprüchlich ist dies vor dem Hintergrund, dass Trump sich früher immer wieder als der Präsident inszeniert hat, der Kriege beendet und Frieden bringt. Doch die heutige Realität zeigt ein anderes Bild: Statt Frieden zu schaffen, ist unter seiner politischen Verantwortung ein Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten entstanden – mit tausenden zivilen Opfern, darunter hunderte Kinder, mit der Vertreibung von Millionen Menschen und mit weltweiten Folgen. Wenn Frieden versprochen, aber Krieg geführt wird, verliert Politik ihre Glaubwürdigkeit.

„Frieden ist mehr als Worte.“

„Wer Angriffskriege führt und das Völkerrecht missachtet, ist kein Friedensstifter, sondern Kriegstreiber.“

7. Hoffnung und Realität: Waffenruhe und Verhandlungen

Gleichzeitig erleben wir, dass die derzeitige Waffenruhe zwischen den USA und dem Iran äußerst fragil ist. Die jüngsten Verhandlungen in Islamabad zwischen den USA und dem Iran sind ohne Einigung zu Ende gegangen.

Und dennoch dürfen wir die Hoffnung nicht aufgeben. Die Waffenruhe im Iran-Konflikt gilt seit dem 8. April zunächst bis zum 22. April. Parallel dazu laufen Bemühungen, sie zu verlängern. Zugleich wurde nach Angaben des US-Präsidenten eine zehntägige Waffenruhe zwischen Israel und dem Libanon vereinbart. Auch die Öffnung der Straße von Hormus wurde gestern als ein Schritt der Deeskalation angekündigt. Als Gegenreaktion auf die Blockade der USA für iranische Schiffe hat der Iran heute die gestern angekündigte Öffnung von Hormus wieder rückgängig gemacht. Wir hoffen, dass die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, dass nicht mehr Waffen sprechen, sondern Worte, und dass nicht mehr zerstört wird, sondern aufgebaut wird.

Doch wir müssen zugleich realistisch bleiben. Die Erfahrung der vergangenen Monate hat gezeigt, dass solche Vereinbarungen oft nicht von Dauer sind. Gerade die israelische Regierung hat wiederholt Waffenruhen unterlaufen und Angriffe auch während laufender Verhandlungen fortgesetzt.

Währenddessen bleibt die Lage in Gaza dramatisch, und auch im Libanon sowie im Westjordanland setzen sich Gewalt, Vertreibung und Eskalation fort. Deshalb gilt: Waffenruhen dürfen keine taktischen Pausen im Krieg sein. Sie müssen Schritte auf dem Weg zum Frieden sein. Denn: Frieden braucht Vertrauen. Frieden braucht Verlässlichkeit. Frieden braucht Taten – nicht Worte!

8. Humanitäre Katastrophe und moralische Verantwortung

Wenn wir nach Gaza schauen, sehen wir eine humanitäre Katastrophe von erschütterndem Ausmaß. Seit Oktober 2023 wurden über 75.000 Zivilisten getötet, darunter etwa 20.000 Kinder. Millionen Menschen wurden vertrieben. Ganze Städte wurden zerstört. Die grundlegende Versorgung mit Wasser, Nahrung, medizinischer Hilfe und Schutz ist zusammengebrochen. Das ist nicht nur eine politische Krise. Das ist eine moralische Prüfung für die gesamte Menschheit. Gaza ist zu einem Prüfstein unseres Gewissens geworden. Nicht nur die Frage, was dort geschieht, ist entscheidend, sondern die Frage, wie die Welt darauf reagiert – oder eben nicht reagiert.

9. Unsere Verantwortung als Muslime und Gläubige

Gerade in diesem Zusammenhang müssen wir uns an eine gewaltige Botschaft unseres Glaubens erinnern. Der Prophet Muhammad – Friede sei mit ihm – überliefert uns, dass Allah am Tag des Gerichts sagen wird: „O Mensch, ich war krank, und du hast mich nicht besucht.“ Der Mensch wird antworten: „Wie hätte ich dich besuchen können, da du doch der Herr der Welten bist?“ Und Allah wird sagen: „Mein Diener war krank, und hättest du ihn besucht, hättest du mich bei ihm gefunden.“ Weiter heißt es: „Ich war hungrig, und du hast mich nicht gespeist. Ich war durstig, und du hast mir nichts zu trinken gegeben.“ Und Allah sagt sinngemäß: Hättest du dem Bedürftigen geholfen, hättest du mich dort gefunden. Diese Worte sind erschütternd in ihrer Klarheit. Sie bedeuten: Wer leidenden Menschen nicht hilft, lässt nicht nur einen Menschen allein, sondern verrät die eigene Gottesbeziehung. Wer Hunger ignoriert, ignoriert Menschlichkeit. Wer schweigt, macht sich mitschuldig. Diese Überlieferung ist gerade angesichts von Gaza von erschütternder Aktualität. Wenn Menschen hungern, wenn Kinder verdursten, wenn Verwundete ohne Medikamente bleiben, wenn Familien unter Trümmern leben und die Welt darüber hinweggeht, dann ist das nicht nur ein politisches Problem. Es ist eine geistige und moralische Anklage gegen unsere Zeit.

10. Doppelte Maßstäbe und Glaubwürdigkeit

Vor diesem Hintergrund stellt sich eine zentrale Frage: Nach welchen Maßstäben bewertet die internationale Gemeinschaft menschliches Leben?

In unserem Grundgesetz heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Doch dieser Anspruch verliert seine Glaubwürdigkeit, wenn menschliches Leid unterschiedlich wahrgenommen und bewertet wird. Wenn einzelne Opfer in Israel große Aufmerksamkeit erhalten – besonders in Deutschland –, während hunderttausend getötete Zivilisten in Gaza, Westjordanland, Libanon und Iran kaum Beachtung finden, entsteht ein Eindruck der Ungleichwertigkeit menschlichen Lebens.

Diese Ungleichbehandlung ist nicht nur moralisch problematisch. Sie ist auch pädagogisch verheerend. Denn junge Menschen erkennen diese Widersprüche und fragen zu Recht: Gilt die Würde des Menschen wirklich für alle?

11. Doppelte Maßstäbe im Völkerrecht

Ein weiteres grundlegendes Problem unserer Zeit ist die Anwendung doppelter Maßstäbe im Völkerrecht. Wenn Russland völkerrechtswidrig handelt, wird dies zu Recht verurteilt. Doch wenn die USA und Israel völkerrechtswidrige militärische Angriffe durchführen, bleibt diese Klarheit aus.

Auch hier gilt: Die Angriffe gingen von den USA und Israel aus, der Iran ist der angegriffene Staat. Eine glaubwürdige internationale Ordnung kann nur bestehen, wenn das Völkerrecht für alle gilt.

Hinzu kommt eine politische Einseitigkeit in der Wahrnehmung: Israel wird häufig selbst dann als legitim dargestellt, wenn es der Angreifer ist, während der Iran selbst dann als Bedrohung dargestellt wird, wenn er Ziel militärischer Angriffe ist. Das verzerrt die Realität und vertieft das Unrecht.

Liebe Freundinnen und Freunde,

es gibt Momente, in denen man Klartext sprechen muss.

Und ein solcher Moment ist jetzt.

Der Bundespräsident hat klar gesagt:
Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig.

Klar.
Eindeutig.
Unmissverständlich.

So spricht jemand, der das Recht ernst nimmt.

Doch was macht die Bundesregierung?

Sie schweigt.
Sie weicht aus.
Sie vermeidet eine klare Haltung.

Und noch mehr:
Statt diese klare Stimme zu stärken, wird sie relativiert.

Das ist nicht nur enttäuschend.
Das ist politisch gefährlich.

Denn ein Staat wie Deutschland, der sich zum Völkerrecht bekennt, darf nicht schweigen, wenn dieses Recht gebrochen wird.

Er darf nicht taktieren.
Er darf nicht abwägen, ob es gerade politisch passt.

Recht ist keine Frage der Bequemlichkeit.
Recht ist eine Frage der Haltung.

Und genau diese Haltung fehlt hier in Deutschland.

Was wir erleben, ist ein fatales Signal:

Dass Recht offenbar verhandelbar ist.
Dass Bündnisse wichtiger sind als Gerechtigkeit.
Dass der Mut zur Wahrheit von politischen Interessen abhängt.

Und ich frage den Bundeskanzler und die Bundesregierung:

Was bleibt vom Rechtsstaat,
wenn er auf internationaler Ebene schweigt?

Was bleibt vom Völkerrecht,
wenn es nicht mehr klar verteidigt wird?

Deshalb sagen wir heute hier:

Deutschland muss den Mut haben,
Recht klar zu benennen – ohne Ausnahme.

Denn das Völkerrecht gilt nicht selektiv.
Es gilt für alle. Oder es gilt gar nicht.

12. Papst Leo XIV – Stimme des Gewissens

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass eine klare und mutige Stimme aus der religiösen Welt deutlich Stellung bezogen hat: Papst Leo XIV.

Er hat den Angriffskrieg und die Eskalation im Nahen Osten unmissverständlich kritisiert und insbesondere die Drohungen, eine ganze Zivilisation auszulöschen, als moralisch inakzeptabel bezeichnet. Damit hat er genau das getan, was die Aufgabe eines Religionsvertreters ist: nicht Macht zu legitimieren, sondern das Gewissen der Menschheit zu verteidigen.

Er erinnert uns daran, an die Unschuldigen zu denken – an die Kinder, an die älteren Menschen, an all jene, die Opfer dieser Eskalation sind – und ruft dazu auf, zum Dialog zurückzukehren, bevor Konflikte in Gewalt enden.

Doch der Papst geht noch weiter. Er sagt mit ungewöhnlicher Klarheit: Unsere Welt werde „von wenigen Tyrannen zerstört“. Und er warnt eindringlich vor dem Missbrauch der Religion für politische Zwecke:

„Wehe denen, die die Religionen und selbst den Namen Gottes für ihre militärischen, wirtschaftlichen und politischen Zwecke verbiegen und damit das Heilige in Schmutz und Finsternis ziehen.“

Besonders eindrucksvoll sind seine Worte:

„Schluss mit der Selbstvergötterung und mit der Vergötzung des Geldes!
Schluss mit der Zurschaustellung von Macht!
Schluss mit dem Krieg!
Wahre Stärke zeigt sich im Dienst am Leben.“

Diese Worte treffen den Kern.

Denn wir erleben heute, dass Religion missbraucht wird –
um Kriege zu rechtfertigen,
um Machtpolitik zu legitimieren
und um Gewalt moralisch zu verschleiern.

Der Papst erinnert uns an eine einfache, aber tiefgreifende Wahrheit:
Ein Augenblick genügt, um zu zerstören –
doch oft reicht ein ganzes Leben nicht aus, um wieder aufzubauen.

Und genau das sehen wir heute in Gaza, im Libanon und in der gesamten Region.

Milliarden fließen in Waffen und Zerstörung –
während Mittel für Bildung, Heilung und Wiederaufbau fehlen.

Diese Worte sind mehr als Analyse.
Sie sind eine moralische Anklage.

Gerade deshalb verdient die Haltung des Papstes Respekt.
Sie sollte ein Vorbild sein – für Kirchen weltweit und für alle Religionsgemeinschaften.

Denn eines ist klar:
Religion darf niemals an der Seite des Krieges stehen.
Religion muss immer an der Seite des Friedens stehen.

13. Klare Kritik an politischer Instrumentalisierung von Religion durch den Zentralrat der Juden in Deutschland

Besonders problematisch ist es, wenn Vertreter von Religionsgemeinschaften militärische Gewalt und völkerrechtswidrige Angriffe politisch rechtfertigen.

Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, hat die Bundesregierung dazu aufgefordert, die militärischen Angriffe der USA und Israels auf den Iran zu unterstützen. Eine solche Haltung bedeutet faktisch, dass ein völkerrechtlich hoch umstrittener militärischer Angriff politisch legitimiert wird.

Wer Gewalt unterstützt und Krieg rechtfertigt, verlässt die Rolle eines religiösen Mahners und bewegt sich in den Bereich politischer Interessenvertretung.

Religion darf jedoch nicht zum Instrument politischer Macht werden. In der Thora heißt es unmissverständlich: „Du sollst nicht töten.“ Dieses Gebot gilt für alle Menschen.

Deshalb richte ich einen respektvollen Appell an unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und an die jüdischen Gemeinden in Deutschland: Erheben Sie Ihre Stimme für Frieden, für Gerechtigkeit und für den Schutz menschlichen Lebens.

Religion muss eine Stimme des Gewissens bleiben – nicht ein Echo der Macht.

14. Ideologie als Brandbeschleuniger: Die Gefahr religiöser Narrative

Ein besonders gefährlicher Aspekt ist der Einfluss extremistischer religiöser Deutungen auf politische Entscheidungen – sowohl in Teilen des christlichen als auch des jüdischen Spektrums.

In den Vereinigten Staaten gibt es einflussreiche evangelikale Strömungen, die politische Entwicklungen im Nahen Osten mit religiösen Endzeiterwartungen verbinden. Gleichzeitig beobachten wir auch innerhalb der israelischen Politik religiös-nationalistische Strömungen, die territoriale Ansprüche über die international anerkannten Grenzen hinaus rechtfertigen.

Diese Deutungen bleiben nicht ohne politische Folgen. Sie führen dazu, dass militärische Eskalationen teilweise als notwendiger Schritt in einem religiösen Endzeitgeschehen betrachtet werden.

Hier müssen wir in aller Klarheit sagen: Weder im Namen des Christentums noch im Namen des Judentums noch im Namen irgendeiner Religion dürfen Angriffskriege legitimiert werden. Nicht Ideologie darf die Politik bestimmen – sondern Recht, Verantwortung und Menschlichkeit.

15. Sicherheit für alle Völker und Staaten – nicht nur für einen einzigen Staat

In diesem Zusammenhang wird häufig die Sicherheit und das Existenzrecht Israels betont. Doch eine entscheidende Frage bleibt: Gilt dieses Recht nur für einen Staat oder für alle Völker in der Region?

Was ist mit der Sicherheit der Menschen in Gaza, in Palästina, im Libanon, im Iran oder in Syrien?

Nachhaltiger Frieden kann nur entstehen, wenn Sicherheit für alle gilt. Eine dauerhafte Lösung im Nahen Osten ist nur auf Grundlage des Völkerrechts und der Grenzen von 1967 möglich. Dazu gehört sowohl das Existenzrecht Israels als auch das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen, souveränen Staat.

Israel muss seine Politik der Besatzung, Vertreibung und Eskalation beenden, sich auf die international anerkannten Grenzen von 1967 zurückziehen, die Zwei-Staaten-Lösung akzeptieren und das Existenzrecht sowie die Sicherheit aller Völker in der Region respektieren.

Denn: Es gibt keine Sicherheit für einen Staat ohne Sicherheit für alle. Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit für alle.

16. Pädagogik, Völkerrecht und Heuchelei

Ein weiterer Punkt, der mir als Pädagoge und als Vertreter einer Religionsgemeinschaft besonders wichtig ist, betrifft unseren Bildungs- und Erziehungsauftrag. Ein Punkt, der mich persönlich besonders erschüttert, ist der Widerspruch zwischen dem, was wir unseren Kindern beibringen, und dem, was wir ihnen in der Realität vorleben.

Wir lehren unsere Kinder jeden Tag:

Löst Konflikte ohne Gewalt.

Hört einander zu.

Respektiert Regeln.

Achtet das Recht.

Wir lehren sie:

Selbstjustiz ist Unrecht.

Niemand darf selbst Richter und Henker sein.

Dafür gibt es Gesetze. Dafür gibt es Gerichte. Dafür gibt es Recht.

Und dann schauen diese Kinder in die Welt hinaus.

Und was sehen sie?

Sie sehen, dass mächtige Staaten genau das tun, was wir ihnen verbieten.

Sie sehen, dass ein Präsident wie Donald Trump sich anmaßt, über Krieg und Frieden zu entscheiden –
über Leben und Tod –
über Schuld und Strafe.

Ohne Gericht.
Ohne Recht.
Ohne Völkerrecht.

Das ist keine Politik.
Das ist Selbstjustiz auf globaler Ebene.

Und sagen wir es offen:

Das ist nicht die Sprache eines Rechtsstaates.
Das ist die Sprache der Macht.
Das ist die Sprache der Arroganz.
Das ist die Sprache eines Denkens, das wir längst überwunden glaubten.

Ein Denken, in dem ein Einzelner entscheidet:
Wer lebt.
Und wer stirbt.

Ein Denken wie in den dunkelsten Zeiten der Menschheitsgeschichte.

Und ich frage euch:

Was sollen wir unseren Kindern darauf antworten?

Was sollen wir ihnen sagen, wenn sie uns fragen:

„Warum dürfen die Mächtigen das, was uns verboten wird?“

„Warum gilt das Recht für uns – aber nicht für sie?“

Und noch schlimmer:

Was sagen wir ihnen, wenn wir sehen,
dass viele Staaten – auch unsere eigenen –
zu diesem Unrecht schweigen?

Aus Angst.

Aus Interessen.

Aus politischer Bequemlichkeit.

Dieses Schweigen ist nicht neutral.

Dieses Schweigen ist Zustimmung.

Und dieses Schweigen zerstört etwas sehr Wertvolles:

Es zerstört das Vertrauen unserer Kinder in das Recht.

Es zerstört das Vertrauen in Gerechtigkeit.

Es zerstört das Vertrauen in uns.

Denn Kinder merken, wenn wir nicht ehrlich sind.

Sie merken, wenn Worte und Taten nicht zusammenpassen.

Und sie stellen die wichtigste Frage überhaupt:

☞ Gilt das Recht wirklich für alle?

Oder gilt es nur für die Schwachen?

Wenn wir diese Frage nicht beantworten können,
dann verlieren wir mehr als nur Glaubwürdigkeit.

Dann verlieren wir unsere moralische Grundlage.

Dann verlieren wir die nächste Generation.

Und deshalb sage ich hier in aller Klarheit:

Das Völkerrecht ist keine Empfehlung.
Es ist eine Verpflichtung.

Recht gilt – oder es gilt nicht.

Gerechtigkeit gilt – oder sie existiert nicht.

Und wir dürfen nicht zulassen,
dass die Welt unseren Kindern das Gegenteil beweist.

17. Politische Konsequenzen und Lösungsansätze

Wenn wir wirklich eine gerechte Weltordnung wollen, dann müssen wir den Mut haben, ihre Strukturen zu verändern.

Dazu gehören:

die Überwindung des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen,
eine einheitliche Anwendung des Völkerrechts,
internationale Rechenschaftspflicht für politische Entscheidungsträger,
die klare Ächtung von Angriffskriegen,
das Ende doppelter Standards,
wirksame Schutzmechanismen für die Zivilbevölkerung,
die Trennung von Politik und Ideologie,
die ernsthafte Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung
und der Vorrang von Diplomatie vor Gewalt.

Deutschland trägt in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung. Verantwortung bedeutet nicht, Unrecht zu relativieren oder zu schweigen. Verantwortung bedeutet, das Recht konsequent zu verteidigen.

18. Zum Schluss: Recht statt Macht

Deshalb stehen wir heute hier. Nicht aus politischer Routine, sondern aus moralischer Überzeugung. Wir stehen hier, weil wir daran glauben, dass das Völkerrecht für alle gelten muss. Wir stehen hier, weil wir daran glauben, dass jedes menschliche Leben den gleichen Wert hat. Und wir stehen hier, weil wir wissen, dass Frieden nicht durch Macht entsteht, sondern durch Gerechtigkeit.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Zum Schluss sagen wir heute und hier erneut und in aller Deutlichkeit:

Das Leben jedes Menschen zählt.

Das Recht jedes Volkes zählt.

Das Völkerrecht gilt für alle.

Nicht für einige.

Nicht nach Interessen.

Sondern für alle.

Und deshalb sagen wir:

Wir schweigen nicht.

Wir weichen nicht zurück.

Wir stehen auf – für Gerechtigkeit.

Denn Frieden entsteht nicht durch Waffen.
Frieden entsteht durch Recht.

Frieden entsteht nicht durch Macht.
Frieden entsteht durch Gerechtigkeit.

Möge Gott uns die Kraft geben, standhaft zu bleiben.
Möge er uns die Klarheit geben, die Wahrheit zu erkennen.
Und möge er uns den Mut geben, für das Richtige einzustehen.

Frieden sei mit euch/Ihnen allen.